

## **Datenschutzerklärung**

### **Informationen gemäß Art. 13 DSGVO**

#### **1. Verantwortliche**

Stadt Ludwigshafen am Rhein  
Bereich 5-11  
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein  
Postfach 21 12 25  
67012 Ludwigshafen am Rhein  
Telefon: 0621-5042707  
E-Mail: Verena.von.Hornhardt@ludwigshafen.de

#### **2. Beauftragte für den Datenschutz**

Datenschutzbeauftragte  
Bereich Recht  
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein  
Postfach 21 12 25  
67012 Ludwigshafen am Rhein  
Telefon: 0621 504-2185 (Sachbearbeitung)  
E-Mail: datenschutz@ludwigshafen.de

#### **3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt zum Zweck der Einladung und Teilnahme zur Plenumssitzung des Rates für Kriminalitätsverhütung sowie der Aufzeichnung der Sitzung und Verbreitung der Aufzeichnung im Internet. Die Aufzeichnung beinhaltet Ton und Bild der Sprecher\*innen.

Rechtsgrundlage ist Ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs.1 Buchstabe a DSGVO.

#### **4. Empfänger\*innen oder Kategorien von Empfänger\*innen**

Eine Übermittlung Ihrer Daten an externe Stellen findet nicht statt.

#### **5. Übermittlung an Drittland**

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Drittländer oder internationalen Organisationen findet nicht statt.

#### **6. Dauer der Speicherung**

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten 10 Jahre oder bis Sie Ihre Einwilligung widerrufen.

#### **7. Folgen der Nichtbereitstellung**

Die Bereitstellung Ihrer Daten erfolgt auf Basis Ihrer Einwilligung.

Sie erfolgt nicht auf Grundlage eines Gesetzes oder eines Vertrages (bzw. zum Vertragsabschluss).

Sie sind nicht verpflichtet Ihre Daten bereitzustellen.

Wenn Sie der Verarbeitung nicht zustimmen, können Sie nicht an der Plenumssitzung teilnehmen.

## 8. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Es finden keine automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling statt.

## 9. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.
- Recht auf **Widerruf** der Einwilligung. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten wird sofort eingestellt. Bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt die Rechtmäßigkeit der Einwilligung unberührt.

## 10. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.